vinetur

# EU-Regierungen stehen vor Teil-Einigung zur Agrarpolitik – Weinregeln weiter offen

Die Minister wollen bis Ende Oktober die nichtfinanziellen Agrarreformen der EU festzurren. Der Streit über die Unterstützung des Weinsektors dauert an.

Mittwoch, 7. Oktober 2026



Die Regierungen der Europäischen Union sind einer teilweisen politischen Einigung über Änderungen an der Agrarpolitik und den Marktregeln der Union in dieser Woche näher gekommen. Die Unterstützung des Weinsektors bleibt jedoch eines der wichtigsten Themen, über die vor Ablauf der Frist Ende Oktober noch verhandelt wird.

Am 5. Oktober kamen Agrarexperten aus den 27 Mitgliedstaaten im Sonderausschuss Landwirtschaft der EU zusammen und erzielten Fortschritte auf dem Weg zu einer Einigung über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sowie über die Verordnung zur Gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Ziel ist es, bis Ende des Monats die wichtigsten politischen Leitlinien festzulegen, bevor die Landwirtschaftsminister am 26. und 27. Oktober in Luxemburg zusammenkommen.

Bei der GAP selbst sind noch mehrere Punkte offen. Im Mittelpunkt der Gespräche steht weiterhin die Frage, wie viel Spielraum die Mitgliedstaaten bei der Anwendung der Regeln haben sollten, ohne den gemeinsamen EU-Rahmen infrage zu stellen. Die Delegationen erörtern außerdem noch den Anteil der gekoppelten Einkommensstützung, die Kontrollquoten und die neuen Bedingungen für Agrarbeihilfen.

Bei der Marktverordnung fand der jüngste Kompromissentwurf der irischen Präsidentschaft breite Zustimmung unter den Mitgliedstaaten. Die Verantwortlichen arbeiten jedoch noch an einer Reihe technischer und politischer Details. Mehrere nationale Delegationen fordern weitere Änderungen an den Bestimmungen zu sektoralen Interventionen im Weinsektor, zur Finanzierung sektoraler Maßnahmen im Rahmen operationeller Programme von Erzeugerorganisationen sowie zu den Vorschriften für Hanf – insbesondere dort, wo diese mit nationalen Gesetzen und politischen Maßnahmen zusammenwirken.

Die beiden Entwürfe sollen bei den nächsten Sitzungen am 12. und 19. Oktober erneut im Sonderausschuss Landwirtschaft beraten werden. Anschließend sollen die Minister den sogenannten partiellen allgemeinen Ansatz abschließend festlegen – eine breite politische Einigung über die nichtfinanziellen Teile des Pakets.

Die noch offenen Streitpunkte zum Weinsektor gehen weit über eine eng gefasste agrarpolitische Debatte hinaus. Die verhandelten Regeln könnten beeinflussen, wie Weinproduzenten und Erzeugergruppen in der gesamten EU Zugang zu Fördermitteln erhalten, Marktmaßnahmen finanzieren und gemeinsame Programme organisieren. Das könnte sich wiederum auf Investitionsentscheidungen und die Geschäftsplanung in der Getränkebranche auswirken, insbesondere bei Weingütern und Erzeugergruppen, die auf von der EU unterstützte Interventionsinstrumente angewiesen sind.

Die Gespräche finden zu einem Zeitpunkt statt, an dem Brüssel auch prüft, in welchem Umfang der Weinsektor weiterhin über andere politische Instrumente unterstützt werden soll. Am selben Tag, an dem über die Agrarpolitik verhandelt wurde, verabschiedete der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments mit 37 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung einen Initiativbericht zur Absatzförderungspolitik der EU für Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse. Die Abgeordneten erklärten, Wein und Fleisch sollten weiterhin für EU-Fördermittel zur Absatzförderung infrage kommen.

Die Mitglieder des Parlamentsausschusses sprachen sich außerdem für einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln und weniger Verwaltungsaufwand aus. Sie erklärten, genehmigte Kampagnen sollten nachträglich leichter angepasst werden können, wenn sich die Marktbedingungen ändern oder geopolitische Ereignisse den Handel beeinträchtigen. Zudem befürworteten sie mehr Flexibilität, um Kampagnen, Produkte, Budgets oder Zielmärkte nach der Genehmigung eines Programms neu auszurichten.

Für Weinproduzenten ist diese separate Debatte relevant, weil sie auf einen umfassenderen politischen Streit innerhalb der EU verweist: Soll Wein bei der Haushalts- und Marktpolitik weiterhin wie andere Agrarsektoren behandelt werden? Befürworter einer fortgesetzten Förderfähigkeit des Weinsektors argumentieren, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung für alle Agrarsektoren gelten sollte. Der Bericht des Parlamentsausschusses muss noch im Plenum angenommen werden.

Bis zum angestrebten Termin Ende Oktober bleibt den EU-Verantwortlichen nur wenig Zeit, um die Differenzen beizulegen. Zwar scheint es breite Unterstützung dafür zu geben, das Paket voranzubringen. Die offenen Fragen zeigen jedoch, dass die

Mitgliedstaaten weiterhin unterschiedlicher Meinung darüber sind, wie weit gemeinsame EU-Regeln reichen und wie viel Spielraum die nationalen Regierungen bei der Ausgestaltung des Systems haben sollten. Im Kapitel Wein erweist sich dieses Gleichgewicht als besonders heikel, da der Sektor in einer der politisch sichtbarsten Agrarbranchen der EU Agrarförderung, Marktsteuerung und die Finanzierung von Erzeugerorganisationen miteinander verbindet.

Können die Minister die verbleibenden Differenzen noch in diesem Monat ausräumen, wäre das Ergebnis die Verhandlungsposition des Rates zu einem Reformpaket, das die Ausgestaltung der Agrarförderung in der gesamten EU beeinflussen wird. Die Weinbranche dürfte die endgültige Formulierung zu sektoralen Interventionen und zur Finanzierung von Erzeugerprogrammen genau verfolgen. Erzeuger, Genossenschaften und Getränkeunternehmen werden prüfen, wie sich künftige EU-Beihilferegeln auf den europäischen Markt auswirken könnten.